

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Neue Vereinbarung:
Wie es bis zur Landtags-
wahl weitergeht

7 Investieren für die
Zukunft: Warum die Schulden-
bremse falsch ist

8 Selbstbewusst für den
Osten: Zur aktuellen
Ausgabe von „Jacobin“

Vertrauen

„Wir wissen, dass viele Menschen gegenwärtig Zweifel an Entscheidungen zum Schutz vor Corona haben und unsicher sind, ob alles angemessen ist. Aber das Vertrauen in die LINKE Thüringen und Bodo Ramelow zeigt auch, dass unser Wertemaßstab für diese Entscheidungen Anerkennung findet.“ Mit diesen Worten hat der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion im Landtag, Steffen Dittes, die jüngste Wahlumfrage kommentiert: 31 Prozent für die LINKE, ein Niveau wie bei der Landtagswahl von 2019.

Das ist in Zeiten wie diesen durchaus bemerkenswert. Selbstverständlich belasten die Maßnahmen, die zur Eindämmung der Pandemie ergriffen wurden, den Alltag der Thüringer*innen. Geschäfte sind geschlossen, Kontakte beschränkt, Familien müssen sich unter nicht einfachen Bedingungen um Homeschooling kümmern, hinzu kommen die Sorgen um die Gesundheit der Angehörigen. Auch die Frage, wie es weitergeht, welche Gefahren mit den Mutationen des Coronavirus einhergehen und wann mit Lockerungen zu rechnen ist, bewegt viele.

Auf die Zustimmung zu den Corona-Maßnahmen der rot-rot-grünen Landesregierung hat das je nach Parteineigung und Altersgruppen recht unterschiedliche Auswirkungen. So sind unter den Wähler*innen von LINKEN und SPD 59 bzw. 60 Prozent mit dem Krisenmanagement der Landesregierung sehr oder eher zufrieden. Unter den Anhänger*innen der CDU sagen dies 48 Prozent – genauso viele sind hier eher oder sehr unzufrieden. Bei den Grünen-Wähler*innen überwiegt die Unzufriedenheit (52 Prozent zu 45 Prozent).

Vor allem die Anhängerschaft der rechtsradikalen AfD und der FDP sind mit der Corona-Arbeit von Rot-Rot-Grün unzufrieden. Insgesamt sagen 54 Prozent der Thüringer*innen, sie sind sehr oder eher unzufrieden; 39 Prozent sind eher oder sehr zufrieden. Dabei liegt die Zufriedenheit bei den Älteren über 60 mit 46 Prozent deutlich über dem Durchschnitt.

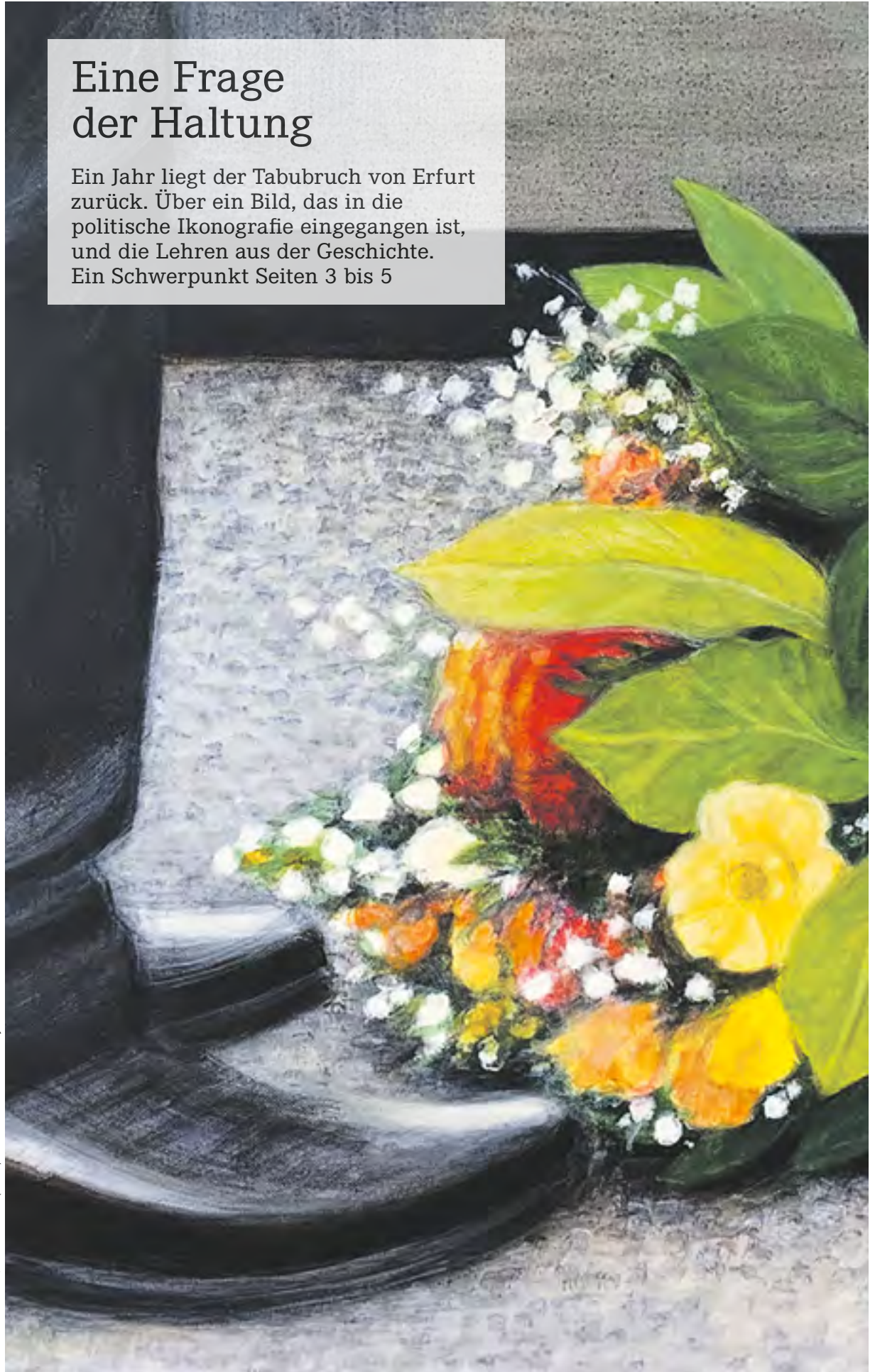
„Die Menschen in Thüringen vertrauen weiterhin der LINKEN und Bodo Ramelow“, sagt der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Torsten Wolf. Der eingeschlagene Weg in der Corona-Pandemie, mittels Stufenplan Orientierung zu geben, sei richtig. Es gehe weiter und jeden Tag darum: Menschen schützen, soziale Gerechtigkeit umsetzen.

Ihre Redaktion

Eine Frage der Haltung

Ein Jahr liegt der Tabubruch von Erfurt zurück. Über ein Bild, das in die politische Ikonografie eingegangen ist, und die Lehren aus der Geschichte. Ein Schwerpunkt Seiten 3 bis 5

Abb.: Susanna Storch, NOFLOWERS: (Detail) – 2020 – 60 x 80 cm – Acryl auf Leinwand



Linker Ticker

Die Thüringer Linksfraktion unterstützt die Forderung des Bündnisses von Gewerkschaften und Verbänden nach einer zügigen Anhebung der Hartz IV-Regelsätze und Altersgrundsicherung auf mindestens 600 Euro sowie sofortige zusätzliche Corona-Hilfen für arme Menschen. Sie habe die Hoffnung, so **Karola Stange**, Sprecherin für Sozialpolitik, dass der Aufruf dazu beiträgt, dass auf Bundesebene endlich umgedacht wird. +++ Thüringer Gemeinden und Städte haben laut vorläufigem Abschluss des Corona-Sondervermögens für das Jahr 2020 knapp 30 Millionen Euro Staatshilfen zum Ausgleich von geringeren Einnahmen bei der Gewerbesteuer zurücküberwiesen, da die Ausfälle weniger gravierend waren als zunächst befürchtet. Der kommunalpolitische Sprecher der LINKE-Landtagsfraktion, **Sascha Bilay**, pocht nun darauf, dass die zurückgezählten Mittel noch in diesem Jahr nachträglich an die Gemeinden und Städte ausgezahlt werden, die bisher zu kurz gekommen seien. +++ Erfurt hat **Cordula Eger**, Sprecherin für Familien und Senioren der LINKE-Landtagsfraktion auf den von Rot-Rot-Grün auf den Weg gebrachten Familienförderplan reagiert. Diese sei der nächste Schritt zur Verbesserung familienfreundlicher Rahmenbedingungen in Thüringen. +++ **Andreas Schubert**, Sprecher für Wirtschaftspolitik der Linksfraktion, und Cordula Eger, Wahlkreisabgeordnete aus Mühlhausen, haben das Unternehmen Conti/Vitesco dazu aufgerufen, sich mit den Beschäftigten an einen Tisch zu setzen, um die Schließung des Betriebsteils zum Jahresende 2022 zu verhindern. +++ Das extrem rechte Netzwerk, welches u.a. unter dem Namen „Turonen“ agiert und in den vergangenen Jahren immer wieder mit der Organisation von Neonazi-Konzerten aufgeflogen ist, hat seine Aktivitäten ausgeweitet, warnt **Katharina König-Preuss**, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Aus einer aktuellen Aufstellung der Landesregierung geht hervor, dass alleine 32 Verfahren seit 2019 verzeichnet wurden, die von Personen begangen wurden, die den „Turonen“ zuzurechnen sind, etwa Körperverletzung, Volksverhetzung, Betrug und andere Delikte.

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Strasse 1, 99096 Erfurt
Redaktion: Olaf Weichler (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 5. Februar 2020
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszuweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Neue Vereinbarung

Rot-Rot-Grün und CDU regeln parlamentarischen Umgang bis zur Sommerpause

„Wir müssen uns nicht lieben, aber wir müssen gemeinsam bis zum Sommer für dieses Land Politik machen.“ Mit diesen Worten hat SPD-Fraktionschef Matthias Hey die Einigung zwischen den rot-rot-grünen Fraktionen und der CDU im Thüringer Landtag beschrieben. Mit einer neuen, zweiten Stabilitätsvereinbarung wird sichergestellt, „dass wichtige Parlamentsentscheidungen in der Corona-Krise getroffen werden können und es in den kommenden Monaten nicht erneut zu einer politischen Krise in dem Bundesland kommt“, so formuliert es eine Nachrichtagentur.

Rot-Rot-Grün fehlen vier Stimmen für eine Mehrheit im Landtag. Damit bis zur Neuwahl im Herbst dennoch Politik für die Thüringer*innen gemacht werden kann, wurde unter anderem der Umgang miteinander im Parlament geregelt. Die LINKEN-Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow sagte dazu, es sei die Pflicht demokratischer Parteien, „dass eine rechte Partei wie die AfD keinen Einfluss auf Parlamentsentscheidungen bekommt“. Dazu wurde erneut vereinbart, „die dafür erforderlichen Kompromisse nur unter den Beteiligten zu suchen“. Das heißt: eigenständiges Agieren im Landtag, aber Mehrheiten dafür nur untereinander zu suchen, also im Kreis von Linken, CDU, SPD und Grünen. Bereits seit vergangener Februar hatte eine solche Vereinbarung bis zur Verabschiedung des Landeshaushalts 2021 Bestand.

Inhaltlich steht die Bewältigung der Corona-Krise und ihrer Folgen für die Menschen im Freistaat im Vordergrund. „Die Beteiligten stimmen darin überein, dass die Bewältigung der gesundheitlichen, sozialen und ökonomi-

schen Folgen der Corona-Pandemie weiterhin erhebliche Anstrengungen erfordert. Dafür sind unter anderem kurzfristige Hilfen und Verbesserungen nötig. Die Beteiligten sind sich einig, dass entsprechende Anträge schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden“, heißt es nun. „Im Vordergrund stehen dabei die finanzielle Unterstützung für Menschen, Unternehmen, Vereine, Kultur und Sport; die Verabredung familien- und bildungspolitischer Rahmensetzungen, die Sicherstellung demokratischer Verfahren unter Pandemie-Bedingungen auf kommunaler und Landtagsebene sowie die Beschleunigung der Impfungen ge-

gen Covid19 in Thüringen.“ Dass dies in den kommenden Monaten eine Herausforderung bleibt, ist allen klar. Unterschiedliche Auffassungen gibt es darüber, wie die erforderlichen Gelder dafür bereitgestellt werden können. LINKEN-Fraktionschefin Hennig-Wellsow verwies dazu auf die Option eines Nachtragshaushalts für das laufende Jahr, in dem über Kreditaufnahme Investitionen in Thüringens Zukunft sowie weitere Corona-Hilfen ermöglicht werden. Dies dürfte in den nächsten Wochen Thema bleiben. SPD-Fraktionschef Hey dazu: Forderungen, die auch von der CDU aufgemacht würden, „müssen ja bezahlt werden“. PR



Foto: Parlamentsreport

Linksfraktion unterstützt Friseurhandwerk

Güngör: Firmen brauchen schnelle Hilfe / Schubert für unkonventionelle Lösungen

Anfang Februar haben Friseur*innen und Kosmetiker*innen in mehreren Städten Thüringens für eine rasche Wiederöffnung ihrer Geschäfte und staatlichen Hilfen demonstriert. Mahnwachen gab es unter anderem in Jena, Gera, Saalfeld, Schmalkalden, Erfurt und Nordhausen. Vertreter*innen der Landesinnung, die zu der Aktion aufgerufen hatte, warnten, sechs von zehn Friseur-Geschäften stehe das Wasser bis zum Hals.

„Wir dürfen die Unternehmen im Friseur*innenhandwerk nicht im Regen stehen lassen, denn es geht um die nackte Existenz“, erklärte Lena Saniye Güngör, arbeits- und gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, zu den Mahnwachen. „Jeder Tag ohne die überfälligen Finanzhilfen erhöht die Gefahr einer Insolvenz. Das Land Thüringen ist dringend gefragt, wenn es um Liquidität der Unternehmen geht.“

Wir dürfen nicht länger auf den Bund warten.“

Die Folgen der Corona-Pandemie und die ausstehenden Finanzierungshilfen vom Bund verschärfen die Situation der Friseur*innen in Deutschland und damit auch in Thüringen. „Seit Wochen drängen wir als Linksfraktion darauf, die bereitgestellten Gelder vom Land an die betroffenen Unternehmen auszu zahlen. Für die Unterstützung der Dienstleistungsbranche im Kampf gegen die Corona-Pandemie stehen in Thüringen seit Sommer 65-Millionen-Euro bereit, die jetzt für Liquiditätshilfen benötigt werden. Es braucht unkonventionelle Lösungen und zwar schnell“, fordert Andreas Schubert, wirtschaftspolitischer Sprecher der LINKEN im Landtag mit Blick auf die Proteste und die existenzielle Not der Betroffenen.

„Regionale Wirtschaft und auch die Friseure vor Ort sind wichtig, um mög-

lichst flächendeckende Dienstleistungen zu erhalten. Das Wirtschaftsministerium ist jetzt gefragt, aktiv zu werden, damit wir in Thüringen ohne Strukturbrüche die Krise gemeinsam meistern können“, analysiert Lena Saniye Güngör die Situation. „Das Friseur*innenhandwerk ist zudem ein wichtiger Arbeitgeber in Thüringen. Vielen Friseur*innen droht der Verlust ihrer Arbeit, weil niemand genau weiß wie lange der Lockdown noch andauert und auch Schwarzarbeit in der Branche ein Thema ist. Dies gilt es zu verhindern und eine langfristige Perspektive aufzuzeigen“, so Güngör.

Kurz zuvor hatte das Thüringer Oberverwaltungsgericht in Weimar geurteilt, dass unter anderem Friseursalons weiter geschlossen bleiben. Nach Auffassung der Richter*innen ist das Verbot körpernaher Dienstleistungen in der gegenwärtigen Infektionslage verhältnismäßig. PR



Abb.: Susanna Storch, NOFLOWERS! - (Detail) - 2020 - 60 x 80 cm - Acryl auf Leinwand

Was Haltung bedeutet

Blumenstrauß vor Cowboystiefeln: Ein Bild geht in die politische Ikonografie der Bundesrepublik ein

„Es gibt Gesten, die man nicht vergisst“, hieß es vor einem Jahr in der „Stuttgarter Zeitung“. Der Tabubruch von Erfurt, die fatale Komplizenschaft der Fraktionen von CDU und FDP mit den Rechtsradikalen bei der Ministerpräsidentenwahl am 5. Februar 2020, war da erst ein paar Tage her. Die Bilder freilich, von denen die Rede war, gehören heute immer noch zu den einprägsamsten Momenten dieser politischen Krise. Die Verbeugung des AfD-Politikers Björn Höcke vor dem FDP-Kurzzeit-Ministerpräsidenten „erinnerte Beobachter an eine Szene vom 21. März 1933. Adolf Hitler hatte sich an diesem Tag vor Reichspräsident Paul von Hindenburg verbeugt“, heißt es in dem Blatt weiter.

Vor allem aber ist es der Blumenstrauß, den die Landes- und Fraktionsvorsitzende der Thüringer LINKEN, Susanne Hennig-Wellsow, eben jenem Thomas Kemmerich vor die Füße warf. Ein Bild, das in die politische Ikonografie der Bundesrepublik eingegangen ist. Markus Decker, langjähriger Beobachter der politischen Szene in Deutschland und Kenner der LINKEN, stellte es seinerzeit in eine Reihe mit Beate Karlsfelds Ohrfeige für den damaligen Kanzler Kurt Georg Kiesinger, Willy Brandts Kniefall in Warschau oder Joschka Fischers Turnschuh-Vereidigung als Umweltminister in Hessen.

„Es war ein Moment für die Geschichtsbücher“, so Decker. Doch wie entsteht so ein Moment? Kurz nach der Wahl Kemmerichs, so erinnert sich

Hennig-Wellsow daran, sei an jenem 5. Februar ein Mitarbeiter der Fraktion mit einem Blumenstrauß in der Hand zu ihr gekommen, ein Blumenstrauß, von dem alle erwartet hatten, er würde Bodo Ramelow zu seiner Wiederwahl überreicht werden können. In den Augen des Mitarbeiters habe Entsetzen gelegen, „darüber, dass ich jetzt einem Ministerpräsidenten von Gnaden der AfD die Blumen übergeben muss“. Was Hennig-Wellsow bekanntlich nicht tat.

Geplant? „Nein“, so erzählte es die linke Fraktionschefin in einem Interview mit der Wochenzeitung „Der Freitag“. Sie habe keine Ahnung gehabt, „was ich mit den Blumen tun würde. Ich wusste nur, dass ich sie Kemmerich nach diesem Pakt der FDP mit dem Faschismus ganz sicher nicht überreichen würde. Dass ich sie dann warf, verstehe ich im Nachhinein als Akt des zivilen Ungehorsams gegen den Faschismus innerhalb des Parlaments.“

Es gibt davon mehrere Fotos, aber es ist immer dasselbe Bild: das Bouquet zu Füßen des FDP-Mannes. In den Sozialen Netzwerken machte es sofort die Runde, „Haltung“, dieses Wort fiel den meisten zu Hennig-Wellsow ein.

„Sie wirft ihn nicht, sie schreit Kemmerich nicht wütend an, sie wirkt in diesem für sie unerträglichen Moment gefasst und souverän“, schrieb damals die Journalistin Hatice Akyün – und erzählte, wie sie den geworfenen Blumenstrauß von Erfurt als Beispiel dafür nahm, ihrer Teenagertochter eine

Ahnung davon zu vermitteln, was Haltung bedeutet. In jeder anderen Situation wäre solch ein Akt unhöflich gewesen, so Akyün, „aber in dieser legitim“, weil die Aktion „von starker Symbolkraft“ war. Es sei wichtig, Kindern Begriffe wie Integrität „nicht nur zu erklären, sondern auch vorzuleben. Aber vor allem muss man ihnen deutlich machen, wie wichtig es ist, Überzeugungen nicht nur zu haben, sondern sie auch zu zeigen.“

In einem offenen Brief an Susanne Hennig-Wellsow in der „Mainpost“ schrieb Alice Natter mit Blick auf die Geste, „Sie, die Vorsitzende der Linksfraktion, gingen mit dem Strauß, den doch der bisherige Ministerpräsident bekommen sollte, auf den soeben gewählten, sich die Hände reibenden Ministerpräsidenten zu. Ließen das Gebilde schnell vor seinen Cowboystiefeln fallen. Nickten kurz und drehten ab. Es war die Geste des Tages am Mittwoch der politischen Schande. Wortloser Ausdruck der Verachtung.“ Zwar sei es Tradition, dass in der Demokratie Kontrahenten einander nach Wahlen gratulierten, „so schmerzhaft der Ausgang für den Verlierer auch sein mag“. Doch einem Tabubruch, so Natter, muss man manchmal mit einem Tabubruch begegnen: „zielgerichtet, klug und charmant penetrant in der eigenen verzweifelten, ausweglosen Situation“, das Zeichen einer „ehrlichen Politikerin“.

Der Tübinger Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen ist damals auch zum

Blumenstraußwurf befragt worden. Er sah darin eine jener Gesten, „die sich nicht – auch wenn das so wirken mag – direkt an das Gegenüber richten, sondern an die eigenen Anhänger. Man dokumentiert mit aller Kraft und mit möglichst starken, aufrüttelnden Bildern eine einzige Botschaft: Ablehnung, Distanz, Verachtung.“ Pörksen, der sehr wohl für Dialog und kommunikativen Brückenbau plädiert, hat seinerzeit darauf verwiesen, dass es Dinge gibt, „die man nicht diskutieren sollte und die man – in entschiedener Intoleranz gegenüber der Intoleranz – auch ächten sollte“.

Es ist also auch ein Symbol nicht nur der Ablehnung von etwas – dem Pakt von FDP und CDU mit der Nazipartei. Sondern auch ein Symbol für etwas – für die demokratische Gesellschaft. In der „Thüringer Allgemeine“ hatte Martin Debes wenige Tage vor dem 5. Februar 2020 daran erinnert, was geschehen kann, wenn die Brandmauer gegen Rechtsradikale Löcher hat. 1924 hatte eine bürgerliche Regierung sich von Völkischen und Nationalsozialisten tolerieren lassen. Damit war „in Thüringen zum ersten Mal der parlamentarische Weg in den Abgrund der späteren NS-Diktatur beschriftet“, so der Historiker Jürgen John.

Debes' mahrender Zeitungsbeitrag trug die Überschrift „Der Thüringer Tabubruch“. Fünf Tage später passierte es erneut. Wieder in Thüringen. Und dann flogen die Blumen. PR

Zwingende Folgerung

Ein Sammelband über die Lehren von Weimar für linke Politik heute

Im vergangenen Februar wollte die Rosa-Luxemburg-Stiftung den Aufstieg der rechtsradikalen AfD vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen diskutieren. Doch dann rollte die Geschichte über die geplante kleine Tagung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena – als wolle sie die Dringlichkeit des Themas unterstreichen: Am 5. Februar 2020 vereinten sich Rechtsradikale, Konservative und Bürgerliche in ihrer Ablehnung einer rot-rot-grünen Landesregierung, der Tabubruch von Erfurt stürzte nicht nur Thüringen in eine tiefe demokratische Krise. Für den 15. Februar hatten damals bundesweit Gewerkschaften, Parteien, Verbände und Bündnisse zu einer großen Demonstration nach Erfurt aufgerufen. Motto: „Nicht mit uns“.

Zehntausende kamen. Es war jener Tag, an dem auch die Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung stattfinden sollte. „Es wäre aus unserer Sicht verantwortungslos gewesen, uns in die akademischen Rosensäle nach Jena zurückzuziehen statt als politische Menschen mit auf der Straße zu sein“, schreiben Christian Engelhardt und Paul Wellsov zu einem kleinen Bändchen, das soeben erschienen die geplanten Redebeiträge in einem Sammelband präsentiert. „Wir waren mittendrin in der Geschichte, das faschistische Echo war in jenem Bundesland, das einst frühzeitig als ‚Mustergau‘ der NSDAP galt, wieder – wenn auch noch leise – zu vernehmen.“ Dass eine Verschiebung der Tagung dann auch noch an Corona scheiterte, ist als Fußnote hinzuzufügen.

Die Beiträge in dem Bändchen „untersuchen auf unterschiedlichen Feldern das autoritäre und faschistische Echo der Vergangenheit. Entlang geschichtlicher Erfahrungen werden dabei auch neue Herausforderungen diskutiert“, so das Vorwort. Die Anlässe muss man nicht lange suchen: Von den Aufmärschen rechtsradikaler über rechtsterroristische Mordanschläge und die gefährliche Normalisierung rassistischer sowie antisemitischer Diffamierungen bis hin zum versuchten Sturm auf den Bundestag sind die Zeitungen beinahe täglich voll von „Einzelfällen“, die die Frage aufwerfen, ob sich doch wiederholen könnte, vor dessen Wiederkehr Antifaschist*innen, Linke und Überlebende seit jeher warnen.

Rund um diese Frage, um den nötigen analytischen Tiefgang beim Begreifen rechtsradikaler, faschistischer Tendenzen, um progressive Alternativen drehen sich die Beiträge dieses Buches. Mario Keßler beschreibt, wie der Historiker Wolfgang Ruge auf das Ende der Weimarer Republik und der DDR blickte. Gerd Wiegand stellt die Geschichtspolitik der AfD vor, die auf Vorläufer neurechter Traditionen ebenso beruht wie sie zwischen Leugnung der verbrecherischen und einzigartigen Dimension des NS-Terrors, Umdeutung der Geschichte und Anschlussfähigkeit an „bürgerlicher“ Vernebelungstheorien wie dem Totalitarismus-Ansatz changiert. Ludwig Elm kommt in seinem Bei-

trag neben anderem auch auf linkes Geschichtsbewusstsein zu sprechen, wobei er kritisiert, der „Koalitionsvertrag für eine Minderheitsregierung in Thüringen vom Januar 2020 enthält wiederum Aussagen zu DDR-Unrecht und erwähnt erneut mit keinem Wort wiederholtes, teilweise massenhaftes – Hunderttausende betreffendes – Unrecht in der Bundesrepublik“. Fabian Virchow ruft die lange Tradition der Gewalt und des Terrors von rechts in Deutschland in Erinnerung. Wolf Stözel wirft einen Blick auf das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Neonazis und rassistische Gewalt in Hoyerswerda.

„Wie der Rechtsruck konkret funktioniert“, berichtet die Bundestagsabgeordnete Martina Renner am Beispiel einer Plenartagung. Als die AfD einen hetzerischen Antrag einbrachte, die Antifa zu ächten, trug Renner in der Debatte einen Button der Antifaschistischen Aktion – und erhielt daraufhin einen Ordnungsruf durch Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Kubicki von der FDP. Zur Erklärung wurde vorgebracht, „dass das Krakeelen der AfD“ gegen Renner „Indikator dafür gewe-

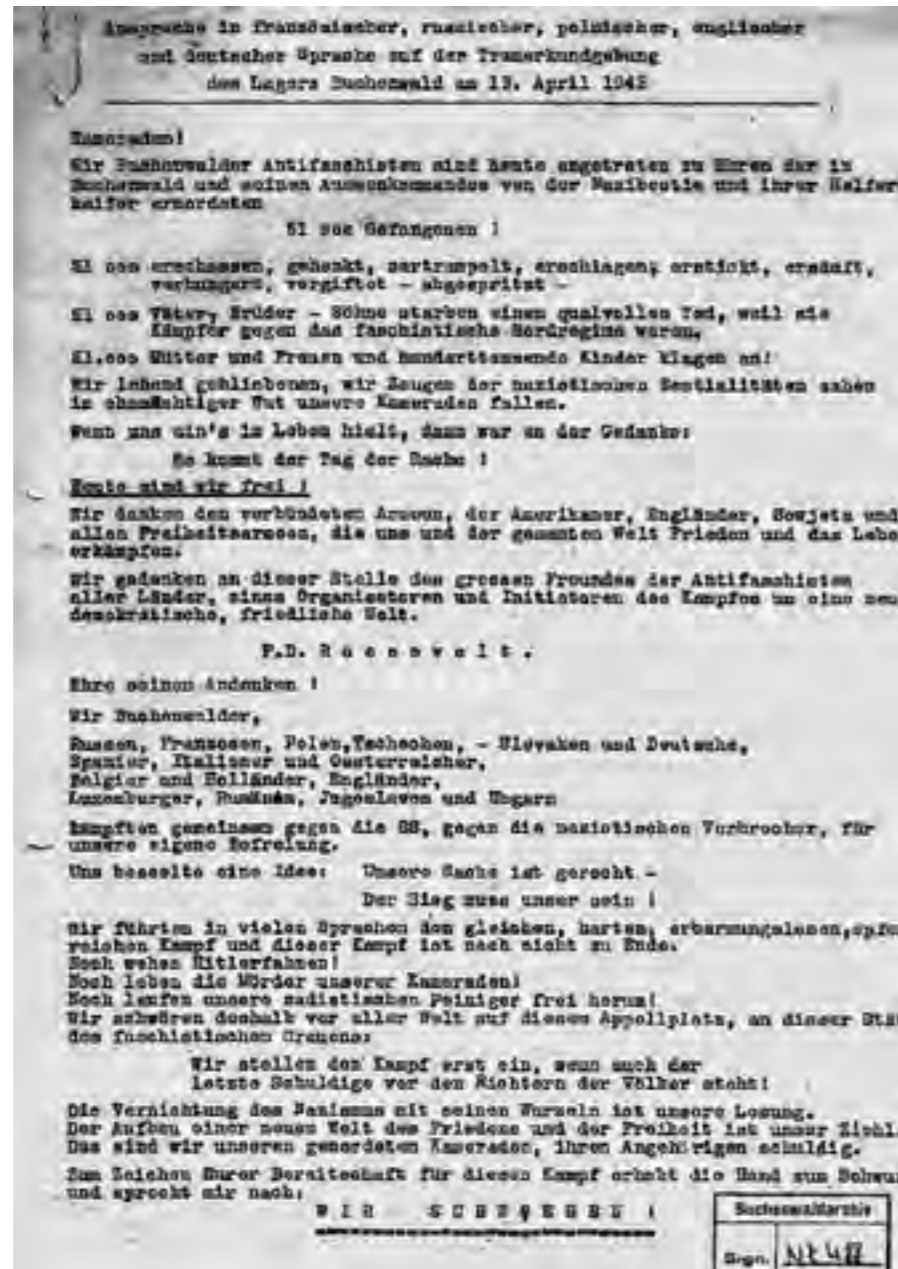
sen sei, dass der Button eine Provokation ist“. Genau dies, so Renner, sei „höchst gefährlich. Es ermutigt die AfD, weiter heruzuschreien in der Hoffnung, die Vertreter*innen der demokratischen Parteien werden dafür die Zehne zahlen müssen. Und es macht die Toleranz bzw. Intoleranz der AfD zum Maßstab für die Verletzung der Würde des Hauses. Wovon wird sich die AfD denn als nächstes provoziert fühlen?“

Der Sammelband geht von der „zwingenden Folgerung“ aus: Wir müssen im „Bewusstsein um Weimar“ ein neues „Weimar“ verhindern. Manfred Weißbecker, Historiker und Mitgründer der Thüringer Rosa-Luxemburg-Stiftung, beschäftigt sich eingangs denn auch mit „Sinn und Schranken eines Vergleichs der Republiken von Weimar und Berlin“. Auf die oft gestellte Frage, ob es noch einmal einen 30. Januar 1933 geben könne und irgendein Hitler wieder ante portas stehe, antwortet Weißbecker „sowohl mit einem Ja als auch mit einem Nein“. Ja, weil ideologische und andere Grundlagen dafür da sind in Gestalt völkisch-rassistischer Ideologie und organisierten Rechtsradikalen. Ja auch, „weil ein allgemein an-

zutreffendes Streben nach autoritärer Umgestaltung parlamentarisch-demokratischer Verhältnisse Voraussetzung für den Übergang zu faschistischer Machtausübung schaffen kann“. Weißbecker begründet aber auch sein Nein: Eine Machtübernahme etwa des neonazistischen AfD-„Flügels“ stehe nicht bevor, auch deshalb nicht, weil sie „von den wirtschaftlichen, militärischen und politischen Eliten nicht als erforderlich betrachtet wird“.

Das lässt die Gefahr von Rechts nicht von alleine schrumpfen. Weißbecker sieht aus dem „Vergleich ungenutzter Möglichkeiten zur Verhinderung von Faschismus und Kriegen“ in der Vergangenheit zumindest ein Stück „Hoffnung erwachsen“. Was den Historiker vorsichtig-optimistisch sprechen lässt: „Faschistischem Ungeist und faschistischen Organisationen kann Einhalt geboten werden.“ Man muss dies jeden Tag tun. PR

Ludwig Elm, Manfred Weißbecker u.a.: Das faschistische Echo der Vergangenheit. Lehren von Weimar für linke Politik heute, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, VSA Verlag Hamburg 2021, 124 Seiten, 10 Euro. Mehr unter: vsa-verlag.de



Nachdenken über uns selbst

Anlässlich des 76. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee, jenes Tages, der heute als Holocaust-Gedenktag begangen wird, haben am 27. Januar Politiker*innen der LINKEN der Opfer gedacht und gemahnt, wohin Antisemitismus, Rassismus und faschistischer Vernichtungswille führten.

„Wir müssen uns geschlossen und solidarisch jenen entgegenstellen, die dem Faschismus wieder den Weg bereiten wollen. Antifaschismus muss gesellschaftlicher Grundkonsens sein“, so die Vorsitzende der Linksfraktion, Susanne Hennig-Wellsow. Erinnerung und Gedenken an den Holocaust dürften nie verblasen, hieß es in mehreren mahnenden Appellen. Alle seien dazu aufgerufen, sich konsequent gegen Antisemitismus, Rassismus und Ausgrenzung einzusetzen. Aufgrund der Coronapandemie fand das Gedenken in diesem Jahr ohne Veranstaltungen und Kranzniederlegungen statt. Im Internet gedachten Landtagspräsidentin Birgit Keller und Ministerpräsident Bodo Ramelow der Opfer der Shoah. Vor dem Thüringer Landtag Freiluft-Ausstellung „KZ überlebt“ eröffnet. Für sein Projekt schuf der Fotograf Stefan Hanke über 120 Porträts von Überlebenden faschistischer Konzentrationslager. 15 Fotos zeigen Überlebende der KZ Buchenwald und Mittelbau-Dora, die in einer Außenausstellung nahe des Landtags vorgestellt wurden. (Ein Beispiel ist hier nebenstehend dokumentiert.)

„Mit Porträt-Tafeln geben wir den Opfern ein Gesicht und berichten mit berührenden Texten und Zitaten aus dem Leben der ehemaligen Häftlinge“, erklärte die LINKEN-Politikerin Keller dazu. Die Tafeln sollen im Erfurter Beethovenpark und auch digital weithin sichtbar sein und an die 70.000 Männer, Frauen und Kinder erinnern, die Buchenwald und Mittelbau-Dora nicht überlebten. Keller sprach von einem „ergreifendem Beitrag zu unserer Erinnerungskultur“.

Der linke Ministerpräsident sagte, das Erinnern und Gedenken gehöre „zu den moralischen und politischen Pflichten unserer freiheitlichen Gesellschaft“. Unser aller Verantwortung für das Geschehene verjähre nie. „Auch in Zukunft müssen wir beharrlich an den Fragen arbeiten: Wie war ein solches Morden möglich? Was können wir tun, damit sich dieses Grauen niemals wiederholt, damit nicht wieder mitgemacht oder weggeschaut wird?“, so Bodo Ramelow. Der 27. Januar sei in diesem Sinne auch „ein Tag des Nachdenkens der Menschen über uns selbst“. PR

Sich der Geschichte zu erinnern und die Lehren aus ihr zu bewahren, zielt keineswegs bloß auf die Vergangenheit selbst. Wenn wir Gedenken und Gedächtnis zum Gegenstand der Politik machen, geht es um die Köpfe von heute, um Verantwortung für das Jetzt und um die Gestaltung der Zukunft.

Sabina Nawara

Auschwitz-Birkenau, Ravensbrück, Buchenwald, Altenburg

Sabina Nawara wurde am 16. Juni 1923 in der polnischen Stadt Sulejów geboren. Ihr Vater Jan Leski ernährte als Mechaniker für Dampfmaschinen in einer Sägemühle die sechsköpfige Familie.

Im September 1939 floh die Familie zunächst vor dem Einmarsch der Deutschen in den Osten, kehrte aber im November in die besetzte Stadt zurück. Der Vater schloss sich einer Untergrundbewegung an, später übernahm auch Sabina und ihre Schwestern Kurierdienste für die Bewegung. Am 15. März 1943 wurde einer der Kurier von der Gestapo gefasst und nannte unter Folter die Namen weiterer Mitglieder der Organisation. Einen Tag später war die Gestapo im Haus der Familie Leski. Sabina hatte noch rechtzeitig ihren Vater im Sägewerk warnen können, bevor sie selbst verhaftet wurde. Der Vater konnte fliehen und kämpfte als Partisan bis zum Ende des Krieges. Ihre Schwestern entzogen sich durch eine »freiwillige« Meldung zur Zwangsarbeit in Deutschland dem Zugriff der Gestapo. Ihre Mutter wurde nach Ravensbrück verbracht. Zehn Tage lang erlitt Sabina schwere Verhore und wurde bis zur Ohnmacht geprügelt. Am 2. Juni 1943 deportierte man die fast 20-Jährige in das Frauenlager in Auschwitz-Birkenau. Dort musste sie in verschiedenen Kommandos arbeiten, mitunter auch in den Fischteichen. Sie wurde schwer krank und kam im Februar 1944 in den berüchtigten Block 25. Doch im letzten Moment verlegte eine Ärztin Sabina in das normale Krankenrevier, wodurch sie dem sicheren Tod entkam. Im September nach Ravensbrück deportiert, traf Sabina dort ihre Mutter wieder. Einen Monat später wurde sie nach Buchenwald weitertransportiert, um in dessen Außenlager Altenburg in der Munitionsfabrik der Hugo Schneider AG (HASAG) zu arbeiten.

Am 12. April 1945 trieb die SS Sabina mit rund 2400 Häftlingsfrauen auf einen Todesmarsch. Zwei Tage später wurden sie bei Waldenburg in Sachsen von amerikanischen Truppen befreit.

Sabina Nawara gründete schon 1946 eine Familie und bekam drei Kinder. Sie arbeitete in der Stadtverwaltung von Sulejów und später in Warschau als Buchhalterin. Noch im hohen Alter war Sabina Nawara als Zeitzeugin in mehreren Ländern aktiv.



Sabina Nawara vor der Baracke 25 des ehemaligen Frauenlagers der KZ Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Im sogenannten Todesblock, der von einer Mauer umgeben war, wurden insbesondere Frauen und bereits selektierte Judeninnen zusammengepflegt und anschließend in den Gaskammern getötet. Polen, Oswiecim, 2014

„Durch die Arbeiten in den Fischteichen bekam ich Arthritis und wurde in den Block 25 verlegt, die letzte Station vor der Gaskammer. Nackt und ohne Decke lag ich dort und hörte die Ärztin meine Nummer aufrufen. Ich sagte ihr, ich wüsste, wo es nun hingehet. Die Ärztin antwortete: ›Nein, heute werden keine Arier verbrannt.‹“

Gesundheit und Lehre schützen

Vorschlag für polizeiliche Aus- und Fortbildung unter Pandemiebedingungen

Nach mehreren Corona-Infektionen am Polizeibildungszentrum Meiningen hat die Linksfraktion mit Vorschlägen die Initiative ergriffen, um dem gesundheitlichen Schutz aller Beteiligten bestmöglich Rechnung zu tragen und die Ausbildung sicherzustellen.

„Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte leisten einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Sicherheit in Thüringen. Die polizeiliche Aus- und Fortbildung ist ohnehin sehr anspruchsvoll, unter Pandemiebedingungen verlangt sie dabei sowohl Lehrkräften als auch Schülern viel ab“, sagt Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der LINKEN im Thüringer Landtag. Es gebe Lehrinhalte, die sich nur durch praktische Übungen und Handlungstraining in Präsenz durchführen lassen und es gebe solche, die im Online-Format vermittelt werden können, so der Abgeordnete.

Folgende konkrete Schritte sollten nun nach Meinung von Dittes umgesetzt werden. Erstens: Die Vermittlung von theoretischem Wissen, das nicht zwingend Präsenz und Handlungstraining erfordert, sollte konsequent elektronisch stattfinden. Zweitens: Der Ausbau der elektronischen Lernplattform muss ohne Zeitverzug realisiert werden, übergangsweise sollen ausreichend Lizenzen für alternative Video-Plattformen beschafft werden. Drittens: Präsenz-Unterricht am Bildungszentrum sollte auf das erforderliche Minimum begrenzt werden. Der Lehrplan muss überprüft werden, um etwa Sport und physische Eingriffstechniken ggf. zeitlich zu verschieben, gleichfalls sollte die Polizeiprüfungsordnung hinsichtlich bestimmter Module angepasst werden. Viertens: Das Hygienekonzept der Bildungseinrichtungen muss überarbeitet, das Tragen von Schutz-Masken konsequent eingehalten und ausreichend FFP2-Masken für alle Bediensteten und Schüler*innen zur Verfügung gestellt werden. Fünftens:



Foto: Yannick Mönchhaus/unsplash

Es muss ein Testverfahren etabliert werden, dass Lehrkräften und Schülern regelmäßige Corona-Testungen garantiert. Ärzte sind mit dem Polizeizentralen Dienst bereits auf dem Gelände angesiedelt. Sechstens: Alle mit den Haushalten 2020/2021 neu geschaffenen Stellen für Lehrkräfte an den Polizeibildungseinrichtungen in der Besoldungsstufe A14/A15 müssen unverzüglich gemäß der Besoldungsgruppen besetzt werden.

Um die Aufgaben der öffentlichen Sicherheit in Thüringen dauerhaft zu erfüllen, braucht es qualitativ gut ausgebildete Polizeibeamtinnen und -beamte. Um die Abbrecherquoten und die altersbedingt ausscheidenden Beamten zu kompensieren und zu einem Personalaufwuchs zu gelangen, hat der Landtag auf Vorschlag der LINKEN eine

langfristige Personalplanung für die Thüringer Polizei beschlossen. „Das jährliche Hickhack um die Ausbildungszahlen hat nun ein Ende und die Thüringer Polizeidienststellen können langfristig bis 2028 rechnen, da wir nicht nur im letzten und in diesem Jahr 300 Anwärter jährlich ausbilden werden, sondern auch in den Folgejahren bis 2025. Damit schaffen wir Stabilität, Entlastung und Planungssicherheit. Dass wir mehr Anwärter ausbilden, ist ein wichtiger Schritt. Gleichfalls brauchen diese auch in Pandemiezeiten bestmögliche Rahmenbedingungen – insbesondere beim Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz“, so Dittes.

Der Thüringer Landtag hat einen entsprechenden Beschluss 7/2483 im Januar 2021 ausgefertigt und veröffentlicht, den die Koalitionsfraktionen gemein-

sam mit der Union begleitend am Rande der Haushaltsaufstellung im Dezember 2020 eingebracht und beschlossen hatten. Dieser fordert die Landesregierung auf, eine entsprechende Personalentwicklungskonzeption bis 2028 auf den Weg zu bringen und gleichermaßen Sorge dafür zu tragen, dass allen Anwärtern, die ihre Ausbildung beziehungsweise ihr Studium in Thüringen beenden, eine Übernahme in den Landesdienst garantiert wird. Als Rot-Rot-Grün 2014 die CDU-geführte Regierung ablöste, lag die Anzahl der auszubildenden Anwärter noch bei 120 und wurde danach sukzessive angehoben. Die neue Personalentwicklungskonzeption müsse nun erarbeitet und der Landtag zum Umsetzungsstand bis zum Ende des 2. Quartals 2021 informiert werden. *PR*

Um Vertrauen zu stärken

Dittes drängt auf Schritte Richtung unabhängige Polizeiermittlungsbehörde

Vor dem Amtsgericht Weimar läuft derzeit ein Prozess gegen einen Thüringer Polizeibeamten, dem die Staatsanwaltschaft in mehr als 30 Fällen Bestechlichkeit und Verrat von Dienstgeheimnissen vorwirft. Für den linken Innenpolitiker Steffen Dittes ist das Verfahren erneuter Anlass, auf eine unabhängige Polizeiermittlungsbehörde zu drängen. Der Landtagsabgeordnete hatte den Prozess zum Teil persönlich begleitet.

„Wenn die Staatsanwaltschaft in diesem Verfahren von einer möglichen ‚mangelnden Kontrolle bei der Polizei‘ spricht, dann unterstreicht das einmal mehr die notwendige strukturelle Weiterentwicklung beim polizeilichen Beschwerdemanagement“, so Dittes. „Thüringen benötigt eine unabhängige Poli-

zeiermittlungsbehörde nach dänischem Vorbild mit der Zuständigkeit für Ermittlungen gegen Polizeibeamtinnen und -beamte. Es ist gut, dass auch der Thüringer Landtag nun den Aufbau einer solchen Behörde auf den Weg gebracht hat.“

Im Thüringer Landtag ist auf Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen ein Beschluss getroffen worden, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten und zum Umsetzungsstand bis Ende des 2. Quartals 2021 zu unterrichten. „Mit der Weiterentwicklung der Polizeivertrauensstelle sowie der Organisationseinheit ‚Interne Ermittlungen‘ in der Landespolizei zu einer Behörde, die sowohl

Ermittlungsbehörde als auch Beschwerdestelle für von Polizeimaßnahmen betroffene Menschen sein soll, wird das Vertrauen in die Polizei gestärkt, Maßnahmen werden besser rechtlich überprüfbar und die Fehlerkultur innerhalb der Polizei kann befördert werden“, so Dittes.

Der Abgeordnete verwies auf die steigenden Bedarfe. So gab es bei der Thüringer Polizeivertrauensstelle 2019 einen deutlichen Anstieg der Anfragen und Beschwerden auf 463 Fälle. Zudem gäbe es gute Erfahrungen der unabhängigen Ermittlungsbehörde in Dänemark, die auch unter dortigen Polizistinnen und Polizisten sowie der dänischen Polizeigewerkschaft eine hohe Akzeptanz genießt. Die Einheit existiert

seit 2012, ist mit 34 Ermittlern und angemessenen Ermittlungsbefugnissen ausgestattet und wird als vertrauensstärkend bei der Klärung von allen Arten von Konflikten zwischen Polizei und Bevölkerung wahrgenommen.

Auch der Bund der Kriminalbeamten in Deutschland werbe inzwischen für unabhängige Ermittlungsinstanzen. „Nach der fachaufsichtlichen Herauslösung der Organisationseinheit ‚Interne Ermittlungen‘ aus der Landespolizeidirektion sollte der zweite Schritt hin zur vollständigen Unabhängigkeit, umfangreichen Ermittlungskompetenzen und einer Öffnung für Polizeibeamte gemäß dem Landtagsbeschluss zügig durch das Thüringer Innenministerium umgesetzt werden“, so Dittes. *PR*

Weg mit der Zukunftsbremse

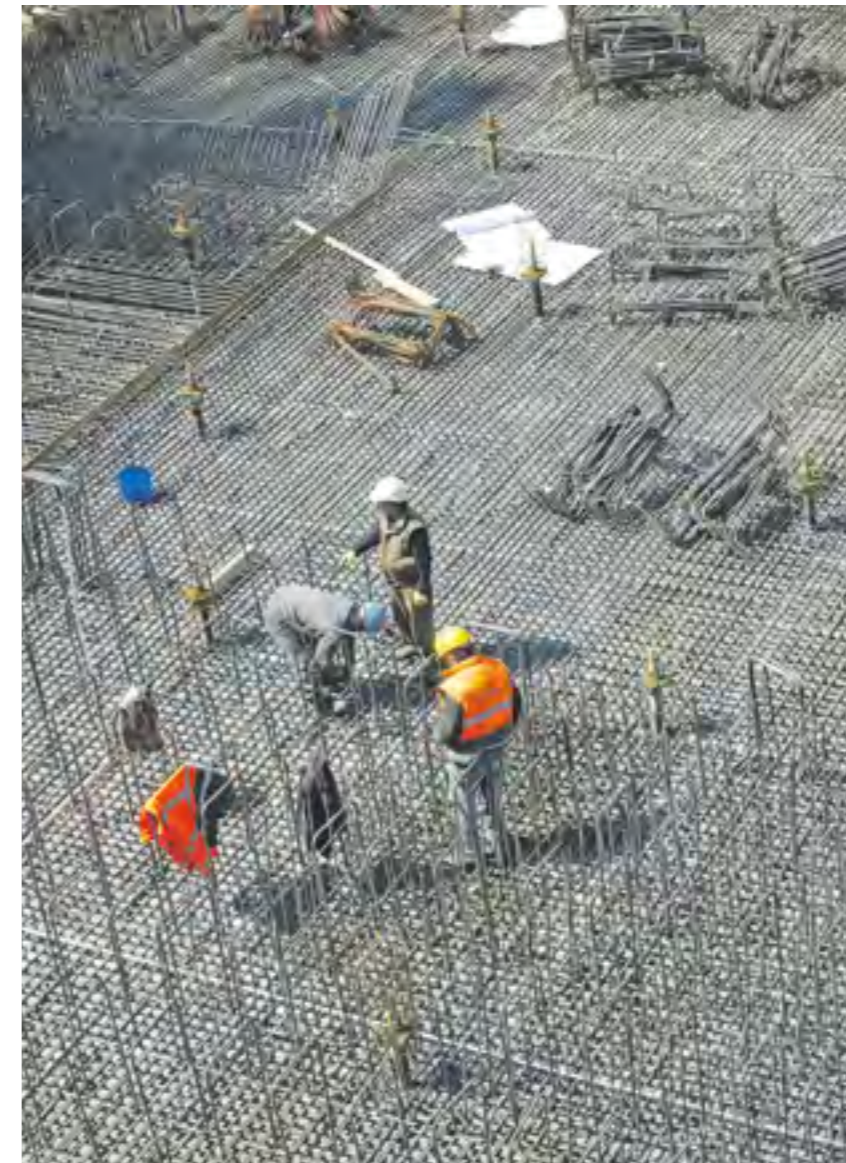
Susanne Hennig-Wellsov zu den aktuellen Debatten über kreditfinanzierte Gestaltung

Der Vorstoß von Kanzleramtsminister Helge Braun, die Schuldenbremse wegen der Corona-Pandemie mittelfristig auszusetzen, ist in dreifacher Hinsicht bemerkenswert. Er demonstriert erstens Realismus, indem er anerkennt, dass für die wirtschaftliche Erholung von den Folgen der Corona-Pandemie mehr staatliche Ausgaben notwendig sind als unter den Bedingungen der so genannten Schuldenbremse zur Verfügung stünden.

Zweitens wird die darin steckende Einsicht, dass die Aufnahme von Schulden zum Zweck der ökonomischen Stimulierung sinnvoll ist, sogleich wieder kassiert. Als Grundlage einer „Erholungsstrategie für die Wirtschaft in Deutschland“, so Braun, sei Neuverschuldung gut, für darüber hinausgehende und gleichwohl notwendige Investitionen aber nicht.

Das kann man glauben. Oder man kann wissenschaftliche Erkenntnisse zur Grundlage politischer Entscheidungen machen. Unter Ökonom*innen wird heute ganz überwiegend eine andere Debatte über staatliche Kreditaufnahme und öffentliche Investitionen geführt als noch vor zehn Jahren. Sogar einst entschiedene Befürworter*innen der Schuldenbremse haben die Seiten gewechselt. Wieder und wieder wird darauf verwiesen, dass Kredite derzeit zu finanzieren und Investitionen in Infrastruktur, öffentliche Dienstleistungen, ökologische Innovation und dergleichen dringend nötig sind. Das wissen natürlich auch Helge Braun und seine Vorgesetzte, die Kanzlerin. Warum dann dieses „sowohl ... als auch“ in Brauns Vorschlag?

Es ist, drittens, der Versuch, die Machtoptionen der Union zu festigen, indem – nach Atomasstieg und gleichgeschlechtlicher Ehe – eine weitere



Hürde für eine Koalition mit den Grünen abgetragen wird. Und zwar ohne das „sparsame Haushalten“ als Marke der Union aufzugeben. Die Grünen be-

stehen zu Recht darauf, dass der klimafreundliche Umbau der Wirtschaft mit staatlichen Investitionen im großen Stil vorangetrieben werden soll. Diesem

steht die Union offen gegenüber, hat sich aber mit der Schuldenbremse selbst die Hände gebunden. Für die Union bedeutet Brauns Vorstoß einen gewagten Spagat. Leicht möglich, dass die Gräben innerhalb der Union damit noch tiefer werden. Noch erscheint die Union nach innen gefestigt. Aber die Risse sind insbesondere in der CDU unübersehbar. Der Machtkampf ist mit der Wahl zum Vorsitz nur scheinbar beigelegt. Die politische Zukunft der CDU, Erschütterungen und Zerwürfnisse eingeschlossen, ist offen wie nie zuvor.

Wer angesichts dieser Aussichten darauf hofft, die Union könnte nach der Bundestagswahl als verlässlicher Partner für den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft zu Verfügung stehen, operiert auf unsicherem Terrain.

Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, den Einstieg in eine sozial-ökologische Wirtschaftspolitik zu organisieren. Daher sollten wir auch versuchen, die notwendigen finanzpolitischen Weichen dafür zu stellen. Die Aussetzung der Schuldenbremse wäre dazu ein wichtiger erster Schritt. Die Linke befürwortet das, die Grünen tun dies, ebenso SPD sowie Teile der CDU. Der Klimawandel ist im vollen Gange. Es gibt kein Grund, die notwendigen Gegenmaßnahmen hinauszuzögern. Deshalb sollten wir noch vor der Bundestagswahl das Grundgesetz so ändern, dass die Kreditaufnahme für Investitionen nicht länger blockiert wird.

Susanne Hennig-Wellsov ist Landesvorsitzende von Die Linke Thüringen und Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag. Der Text erschien zuerst als Gastbeitrag in der Onlineausgabe der Wochenzeitung „Der Freitag“

Die heilige Kuh der Union

Ein Vorstoß aus der CDU facht die Auseinandersetzung um die Schuldenbremse an – auch in Thüringen

Wie kann der gesellschaftliche Neustart nach der Corona-Krise finanziert werden? Wo sollen die Milliarden für die schon lange geforderten Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz herkommen? Wer bezahlt die Kosten der Pandemiehilfen?

Wie die Antworten auf diese Fragen künftig ausfallen werden, wird ganz zentral mit darüber entscheiden, in welche Richtung sich die bundesdeutsche Gesellschaft entwickelt. Zieht die Politik wieder die Schuldenbremse und verweigert Umverteilung über Steuererhöhungen für hohe Einkommen und Vermögen, was auf der anderen Seite den Kürzungsdruck auf Sozialstaat und Kultur erhöhen würde? Oder werden die Fesseln der Schwarze-Null-Ideologie endlich abgeworfen, damit kreditfinanzierte Gestaltung möglich wird?

Dass Kanzleramtschef Helge Braun Ende Januar in einem Gastbeitrag vorschlug, die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse für die kommenden Jahre auszusetzen und eine entsprechende Grundgesetzänderung vorschlug, sorgte für viele Schlagzeilen. Immerhin hatten Politiker*innen von CDU und CSU dies bisher nicht geäußert. Oft war stattdessen zu hören gewesen, man müsse schon 2022 zur Schuldenbremse oder sogar einem ausgeglichenen Haushalt zurückkehren.

Auf den Vorstoß des Vertrauten von Kanzlerin Angela Merkel reagierten Unionspolitiker*innen und Wirtschaftslobbyisten entsprechend ablehnend. Die FDP tat ebenfalls sehr empört. Braun selbst musste seine Überlegungen öffentlich relativieren. Aus den Reihen von SPD, Grünen und Linkspartei wurde Brauns Vorschlag als Schritt in

die richtige Richtung begrüßt. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dennis Rohde erklärte etwa, „scheinbar im Auftrag der Kanzlerin schlachtet Helge Braun die heilige Kuh der Union“. Zugleich wiesen rot-rot-grüne Politiker*innen darauf hin, es müsse mehr getan werden, um gesellschaftliche Investitionen zu stemmen; etwa eine höhere Belastung für besonders Vermögende.

In Thüringen waren zumindest aus der SPD andere Töne zu vernehmen. Finanzministerin Heike Taubert erklärte, die Pandemie sei nicht geeignet, „jetzt dem Unwillen, sich für ein Jahr in den Ausgaben zu begrenzen, freien Lauf zu geben“. Auch CDU-Landtagsfraktionschef Mario Voigt widersprach – immerhin seinem Parteifreund Helge Braun: „Die Debatte um eine Lockerung der Schuldenbremse ist unnötig.“

Das sieht der linke Ministerpräsident

Bodo Ramelow ganz anders. „Bereits seit Jahren fordern meine Partei und ich, das Ideologieprojekt ‚Schwarze Null‘ zu beerdigen“, erklärte er zu Brauns Vorstoß. Es brauche „einen modernen Investitionsbegriff, der notwendige Ausgaben für die Pandemiebewältigung mit Zukunftsinvestitionen zur Stärkung eines solidarischen Arbeits- und Wirtschaftsstandortes Deutschland zusammendenkt. Gleichzeitig bedarf es – gerade angesichts der globalen Herausforderung durch COVID19 – der Flankierung durch eine zeitgemäße Steuerpolitik, die die Profiteure der Pandemie in zumutbarem Maße zu Kasse bittet. Das Virus darf nicht auf dem Rücken derer bewältigt werden, die Tag für Tag in Pflegeheimen, an den Supermarkt-Kassen oder in den Krankenhäusern dafür sorgen, dass wir bestmöglich durch diese schwere Situation kommen.“ *PR*



Perspektiven

Von Theodor Fontane soll der Satz stammen, „ein Optimist ist ein Mensch, der ein Dutzend Austern bestellt, in der Hoffnung, sie mit der Perle, die er darin findet, bezahlen zu können“. Das sollte vor dem Hintergrund der Corona-Krise aber keineswegs dagegen sprechen, trotzdem mit einiger Zuversicht in die Zukunft zu schauen – es kommen wieder andere Zeiten. Deshalb auch ein Satz von Epikur von Samos: „Ein einziger Grundsatz wird dir Mut geben, nämlich der, dass kein Übel ewig währt.“

Foto: Parlamentsreport

Selbstbewusst für den Osten

Von den progressiven Potenzialen des Aufbruchs 1989 zu neuer linker Politik: die Zeitschrift „Jacobin“

Wie macht man linke Politik für den und im Osten der Republik? Die Frage hat in den vergangenen drei Jahrzehnten ganz unterschiedliche Antworten gefunden, die aktuelle Ausgabe des Magazins „Jacobin“ bringt nun Sichtweisen zusammen, die auf einen eigenständige, optimistische Erzählung für die „neuen Länder“ setzen.

Ein Ausgangspunkt dabei ist eine neue, andere Bewertung der Nachwendzeit – deren tief reichende soziale und ökonomische Einschnitte in die Biografien der Ostdeutschen nicht in Abrede gestellt werden. Eine „trotzige Opfergeschichte“, die „von Herabsetzung und Verachtung handelt, aber auch von Selbstbehauptung und der Abwehr gegen die marktradikale Schocktherapie, die vom westdeutschen Kapital und seinen Handlangern durchexerziert wurde“, eigne sich aber nicht, schreibt Martin Neise in dem Themenschwerpunkt, um progressive Projekte voranzubringen.

„Denn unter diesem Vorzeichen erscheint jeder Wandel – ob positiv oder negativ – als von außen aufgeherrscht, als eine Bedrohung, gegen die man sich wehren müsste. Wenn es etwas gibt, wonach sich Ostdeutsche sehnen, dann danach, endlich über das eigene Leben bestimmen und ihre soziale Umwelt eigenständig zum Besseren verändern zu können.“ Neise sieht hier zum Beispiel einen sozialistischen wirtschaft-

lichen Aufbruch als Option an. Auch dieser könne „sich nicht auf ein Opfernarrativ stützen“, denn dann fehle „der Akteur, auf den es ankommt: die arbeitende Klasse des Ostens“.

Neise glaubt, „dass die Einstellungen, Erfahrungen und Werte vieler Ossis nicht nur gut mit einem sozialistischen und ökologischen Zukunftsprojekt vereinbar sind, sondern geradezu nach ihm verlangen“. Ähnlich formulieren es Ines Schwerdtner und Ole Rauch im Editorial zur „Jacobin“-Ausgabe. „Dass die Einheit kein Arrangement auf Augenhöhe ist, zeigt die doppelte Abwertung, die Ostdeutsche bis heute erfahren: durch die Ungleichheit zwischen Ost und West und die zwischen Oben und Unten“, schreiben die beiden, plädieren aber ebenso dafür, hier nicht nur eine politische Geschichte des Aufholens und Nachbauens daran zu knüpfen. „Nur wer eine selbstbewusste Politik für den Osten vertritt, kann ihn auch gewinnen. Wir müssen deshalb nicht gleich wieder Trabis bauen (auch wenn sie sehr schick waren), aber wir brauchen ein Wirtschaftsprogramm für Ostdeutschland, das seinen Namen verdient: große Investitionen und eine Industriepolitik, wie man sie auch in den deindustrialisierten Gebieten Westdeutschlands benötigt.“

Hier knüpft Hans Thies Verweis auf die progressiven Potenziale des Aufbruchs vom Herbst 1989 an. „In der auf-

gewählten Reform-Republik“ habe es eine kurze, aber intensive Zeit gegeben, in dem Veränderungswille, Demokratie, Selbstbestimmung, Eigenständigkeit der Betriebe und die Bewahrung der Natur zentrale Themen waren. „Hätte es damals schon den Green New Deal als zusammenfassenden Namen für den reformatorischen Eifer gegeben, er hätte gepasst“, schreibt Thie. „Aber dann kam die ersehnte D-Mark, die sich schnell als Industrie-Guillotine erwies. Die Treuhand verschleuderte an die westlichen Stiefbrüder, was übrigblieb. Der fatale Grundsatz ›Rückgabe vor Entschädigung‹ begünstigte die im Westen sitzenden Alteigentümer, brachte eigentumsrechtliches Chaos und lähmte die Investitionen in Ostdeutschland.“

Das führte zu nicht eben widerspruchsfreien Ergebnissen. Der von der Treuhandanstalt ins Werk gesetzte „Industrie-Shutdown“ zerstörte Lebenswege, was unter Sanierung oder Liquidation lief, war aber für Luft, Gewässer, Gesundheit und deutsche Klimabilanz ein Gewinn. Thie erinnert aber ebenso daran, dass die ökologische Modernisierung, die es zweifelsohne im Osten gab, nur in den Bahnen des nun auch auf dem Gebiet der früheren DDR real existierenden Kapitalismus ermöglicht wurden. „Kreative Experimente alternativer, auch ökologischer Geldverwendung“ seien „nicht toleriert“ worden.

Lässt sich dies nachholen. „Attraktive Optionen für mehr Lebensqualität bei deutlich reduziertem Ressourcenverbrauch wird es nur geben, wenn sie systemisch angelegt sind. Solche Optionen können Märkte prinzipiell nicht bieten. Die Privatwirtschaft kann singuläre Öko-Effizienz hervorbringen, aber keine systematische. Verbraucharme Autos, aber keine öko-effizienten Verkehrssysteme. Öko-Häuser, aber keine ökologisch sinnvollen Siedlungsstrukturen. Effiziente Heizungen und Elektrogeräte, aber keine nachhaltigen Energiesysteme. Bio-Lebensmittel, aber keine Bio-Agrarsysteme.“

Das freilich gilt auch in den „gebrauchten Bundesländern“, um einmal in diesem schlechten Sprachbild zu bleiben, in dem der Osten immer noch als „neu“ gilt. „Die neue Wirtschaft muss nicht nur ›Green‹ sein, sondern auf einem New Deal aufbauen, also einer gerechten Neuverteilung der gesellschaftlichen Ressourcen. Das bedeutet: Garantien für die vom Wandel negativ Betroffenen, massive Umverteilung von Einkommen und Arbeit, drastische Korrektur der Vermögensverhältnisse und Ausbau des öffentlichen Sektors“, so Thie. PR

Ost New Deal. Jacobin Nr. 3, Winter 2020, 116 Seiten, 10 Euro. Mehr Infos und Bezugsmöglichkeiten: jacobin.de